



Mit Öffentlich-öffentlichen Kooperationen gegen die Privatisierung des Wassers

Gemäss dem vierten Grundsatz der Initiative Blue Community, sollen Blue Communities internationale Partnerschaften für die Verbesserung von Wasserversorgungen mittels öffentlich-öffentlichen Kooperationen unterstützen. Öffentlich-öffentliche Kooperationen werden auch public-public-partnerships (PUPs) genannt. Im Folgenden wird aufgezeigt, weshalb diese pups eine zentrale Funktion einnehmen, wenn es darum geht, einen gerechten und nachhaltigen Zugang zu Wasser zu gewährleisten.

Wer hat Zugang zu Wasser und sanitären Anlagen?

663 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und 2,4 Milliarden Menschen können keine sanitären Anlagen benutzen. In den subsaharischen Ländern Afrikas haben die Menschen am wenigsten Zugang zu Trinkwasser, gefolgt vom südlichen Asien. Auch der Zugang zu sanitären Anlagen ist in diesen Gebieten schwierig.¹ Das deckt sich nicht unbedingt mit den vorhandenen natürlichen Wasservorkommen. Diese sind u. a. in nordafrikanischen Ländern, im Nahen Osten, Australien und Südafrika knapp, wobei es auch grosse Unterschiede innerhalb von Ländern geben kann.² Nur 10 Prozent des gebrauchten Wassers wird in den Haushalten genutzt. Demgegenüber stehen 20 Prozent für die Industrie und 70 Prozent für die Landwirtschaft. Insbesondere die Verwendung von Wasser für Kraftwerke und für Biotreibstoffe nimmt zu.³

Welches sind die Gründe für den schlechten Zugang?

Die aktuelle Wasserkrise, die sich in Zukunft noch zu verschärfen droht, ist auf Armut, Ungleichheit, ungleiche Beziehungen und die sozialen und ökologischen Herausforderungen wie Landflucht, Klimawandel, Bevölkerungswachstum, Verschmutzung und Ausbeutung von Wasserressourcen zurückzuführen.⁴ Ein weiterer Grund ist die Bevorzugung von privaten Unternehmen statt staatlichen Institutionen in der Entwicklungspolitik. Das ist schädlich für den Zugang zum Wasser.

Was ist die public-public partnership (PUP)?

Eine PUP ist eine Partnerschaft zwischen einer oder mehreren öffentlichen Institutionen oder Organisationen, die basierend

¹ <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/26203/WP-P155196-v1-PUBLIC-main.pdf?sequence=1&isAllowed=y>.

² http://www.unwater.org/downloads/Water_facts_and_trends.pdf. S. 2.

³ http://www.unwater.org/fileadmin/user_upload/unwater_new/docs/water_for_food.pdf

⁴ <http://www.ohchr.org/Documents/Publications/FactSheet35en.pdf>. Zugriff: 11.04.2017.

auf Solidarität, Kapazität und Effektivität eines Partners bei der Bereitstellung und Verwaltung von öffentlichen Wasserressourcen und sanitären Anlagen erhöhen und unterstützen. Die Partner teilen gemeinsame Werte und Ziele und wollen mit dieser Partnerschaft weder direkt noch indirekt einen Gewinn generieren. Die PUPs sind weit verbreitet.

Was ist die public-private partnership (PPP)?

Es gibt viele verschiedene Definitionen von PPPs. Eine allgemein anerkannte ist die folgende⁵: Die PPP ist eine mittel- bis langfristige (häufig 25-30 Jahre) vertragliche Vereinbarung zwischen einem Staat oder staatlichen Akteuren und einer privaten Firma. Mit dieser Vereinbarung partizipieren private Firmen an Aufgaben, die traditionell von staatlichen Akteuren ausgeführt werden, wie z. B. Spitälern, Schulen, Gefängnissen, Strassen, Brücken, Zügen, Wasser und sanitären Anlagen und der Energie. Dabei spielt die Verteilung des Projektrisikos auf die Involvierten eine grosse Rolle. PPPs werden meistens im Zusammenhang mit nötigen Infrastrukturinvestitionen und fehlenden Geldmitteln dafür beschlossen. Die letztendliche Verantwortung für das Gelingen solcher Projekte trägt aber weiterhin der Staat.

Was sind die Vorteile von PUPs?

- Sie basieren auf **Solidarität und sichern den fairen Zugang zum Wasser für alle.**
- Sie sind sehr **kosteneffizient**, d. h. die administrativen Kosten bleiben minimal (im Durchschnitt sind es etwa 2% aller Kosten). Dagegen braucht es für das Abschliessen von Verträgen mit Privaten teure Rechtsberatung.
- Sie sind **effektiv**, weil das gewonnene technologische und praktische Wissen in weiteren PUPs an andere Partner weitergegeben werden kann und sich damit die Wirkung multipliziert.
- Eine **langfristige Planung**: Wasserinfrastruktur kostet viel Geld und muss deswegen langfristig angegangen werden.
- **Partizipation**: Staatliche Akteure können ein breites Bündnis z. B. mit Umweltorganisationen schliessen, um die Wasserressourcen zu schützen, deren Nutzung stark von einer **intakten Umwelt** abhängig ist.
- Durch den **besseren Erhalt der Wasserressourcen** können Kosten gespart werden, die dann wieder in die Infrastruktur investiert werden können.

⁵ Romero, María José. „What lies beneath? A critical assessment of PPPs and their impact on sustainable development“. Hrsg: European network on dept and development (Eurodad). Online Publiziert. 09.07.2015. S. 4.

-
- Mit den PUPs ist ein **neues Ethos**, eine neue Beziehung der Menschen zur Natur und zu ihren Ressourcen möglich.

Was sind die Nachteile von PUPs?

- **Korruption** und damit eine Verteuerung der Projekte kann nicht ausgeschlossen werden, vor allem bei fehlender Partizipation der Zivilgesellschaft.
- Der staatliche Finanzhaushalt kann kurzfristig häufig **nicht die nötigen Mittel für grosse Projekte** aufbringen und muss sich zusätzlich verschulden.
- In **Gebieten, wo es wenig staatliche Strukturen** gibt, braucht es andere Mittel als PUPS.

Was sind die Vorteile von PPPs?

- **Auch wenn die Staatskasse leer ist**, können lebenswichtige Infrastrukturprojekte mit Zuschuss von privatem Geld gebaut werden.
- **PPP können sehr effizient sein**, indem sie neue Technologien einbringen, die Arbeitsabläufe vereinfachen und weniger Löhne zahlen. Die Effizienz von PPPs ist wissenschaftlich sehr schlecht erforscht.⁶
- Bei gut ausgearbeiteten Verträgen **übernimmt das Unternehmen einen Teil des Risikos** für ein Infrastrukturprojekt.
- Wenn die staatlichen Governance-Strukturen stark sind, **können PPP-Projekte von Anfang bis Ende vom Staat evaluiert werden** und liefern so gute Ergebnisse.

Was sind die Nachteile von PPPs?

- In den meisten Fällen sind **PPPs die teuerste Methode** für die öffentliche Hand, um Projekte zu finanzieren. Häufig enthalten die PPP-Verträge auch explizit **eine Erhöhung der Servicekosten** für die Bürger und Bürgerinnen. In Entwicklungsländern sind PPPs noch teurer, weil die Risiken höher eingestuft werden.
 - Die Erhöhung der Wassergebühren **schliesst die Ärmsten vom Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen aus**.
 - PPPs sind **mit grossem finanziellem Risiko verbunden (Transaktionskosten)**. **Neuverhandlungen** der Verträge, die zu höheren Kosten führen **und das Scheitern von PPPs (Vertragsbrüche) sind häufig**. In diesen Fällen muss der Staat für die Kosten aufkommen.
 - Die Kosten für PPPs sind schwer kalkulierbar und sind nicht Teil der nationalen Budgetberechnungen, was sie **sehr korruptionsanfällig** macht.
-

⁶ Romero, María José. „What lies beneath? A critical assessment of PPPs and their impact on sustainable development“. Hrsg: European network on dept and development (Eurodad). Online Publiziert. 09.07.2015. S. 29.

- PPP-Verträge sind zum Aushandeln sehr komplex und verursachen dadurch **hohe Beratungskosten**. Der Planungsprozess ist schwierig, weil die Privaten Akteure häufig ein **zu optimistisches Bild der Nachfrage** generieren.
- PPPs scheitern oft, wenn es um die **Einhaltung von ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Bestimmungen** geht. Der Grund ist die meist **fehlende Überwachung und Auswertung der Projekte** auf solche Indikatoren hin.
- PPPs sind meistens **Geheimverträge, denen es an Transparenz und öffentlicher Kontrolle fehlt** und die die Mitbestimmung der lokalen Bevölkerung verunmöglichen (Fehlen der öffentlichen Legitimation).
- Nur wenige Grossunternehmen können in PPPs mitarbeiten, was zu **mangelnder Auswahl an Privaten Partnern** führt und den Wettbewerb verzerrt (Monopolpreise). In Entwicklungsländern sind das sehr häufig grosse europäische und amerikanische Unternehmen.

Beispiel eines gescheiterten PPPs im Süden (13 Städte in Indien⁷)

In Indien wurden seit 2012 mit der Unterstützung der Weltbank 20 PPP-Projekte in 13 Städten initiiert. Gemäss lokalen Menschenrechtsaktivisten wurden die Bedingungen der Weltbank für die Kreditvergabe direkt mit der Privatisierungsforderung des Wassersektors und spezifischen Bestimmungen für ihre Ausgestaltung verknüpft:

1. Die Kontrolle von einheimischen Wasserressourcen durch private Firmen.
2. Die Pflicht zum Messen des Wasserverbrauchs auf der Ebene einzelner Haushalte - Abschaltung bei Nichtbezahlen.
3. Rund-um-die-Uhr Bereitstellung von Wasser, die zu teuer für die armen Haushalte ist.
4. Erhöhung der Wasserpreise und eine automatische Revision der Wasserpreise alle ein bis drei Jahre (mit Preisanstieg bis zu 10%).
5. Verbot, die örtlichen Wasserquellen zu benutzen oder das Wasser mit der Gemeinschaft zu teilen.
6. Vernachlässigung von lokalen Wasserquellen und die Erhöhung der Abhängigkeit der Bevölkerung von weit entfernten Wasservorräten.

Viele dieser Massnahmen widersprechen direkt den Menschenrechten. Trotzdem wird dieses Programm

⁷ <https://www.tni.org/en/article/human-right-to-water-and-development-cooperation>. Zugriff: 12.06.2017.

weitergeführt und auf andere Gebiete ausgedehnt, ohne die Auswirkungen auf die Menschenrechte zu prüfen.

**Beispiel eines
gescheiterten PPPs im
Norden (Berlin, DE)**

Die Berliner Wasserbetriebe wurden 1999 teilprivatisiert und als Holding von der Stadt, dem französischen Unternehmen Veolia und der RWE AG (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG) weitergeführt⁸. Die Konsequenzen waren verheerend⁹:

1. Die Preissteigerungen für das Wasser betragen 30%, was wegen den steigenden Betriebskosten zu einer Verteuerung des Wohnraumes führte, so dass er für Geringverdienende schwierig bezahlbar wurde.
2. Millionenbeiträge flossen vom Land Berlin zu den privaten Unternehmern, damit der Wasserpreis nicht noch mehr erhöht wurde.¹⁰
3. Die Wasserinfrastruktur wurde vernachlässigt und Arbeitsplätze wurden gestrichen.

2011 gab es einen Volksentscheid, der bewirkte, dass der Teilverkauf rückgängig gemacht wurde. Die Rekommunalisierung seit 2013 kostet die Öffentlichkeit 1,3 Milliarden Euro. Wenn man die Schuldzinsen einrechnet sind es fast 2 Milliarden Euro. Damit hat sich die Stadt Berlin zusätzlich verschuldet und muss in den nächsten Jahren bei der Wasserversorgung, bei Sozial- und Umwelthanliegen sparen.¹¹ Weltweit erfuhren 86 Städte die Nachteile von Privatisierungen und haben beschlossen, die Wasserversorgung und die sanitären Einrichtungen wieder zurück unter öffentliche Kontrolle zu nehmen.

**Demokratisierung statt
Rekommunalisierung**

Die Öffentlichkeit sollte nicht eng als staatliche oder kommunale Verwaltung definiert werden. Gefordert ist die Partizipation von Bürgern und Bürgerinnen, damit Bürokratie, Verschwendung von Ressourcen und Korruption verhindert werden können. Leo Heller, der Sonderberichterstatter für das Recht auf Wasser bei der UNO, hat 2015 festgehalten, dass die aktive Partizipation marginalisierter Gruppen und besonders von Gewalt Betroffener, z. B. von Frauen, beim Monitoring, der Datengewinnung und beim Implementierungsprozess des

⁸ <http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-09/wasserbetriebe-berlin-verstaatlichung>. Zugriff: 09.06.2017.

⁹ https://berliner-wassertisch.net/assets/files/BWB-Studie_Alexis_Passadakis%20-%20erste%20Auflage.pdf. Zugriff: 09.06.2017.

¹⁰ <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/berliner-wasserbetriebe-bwb-berlin-kauft-wasser-zurueck-4466876>. Zugriff: 12.06.2017.

¹¹ <https://www.tni.org/en/article/building-new-public-ethos-water>. Zugriff: 12.06.2017.

Menschenrechts auf Wasser und Abwasseranlagen für seinen Erfolg ausschlaggebend wäre.¹²

Menschenrechtsaspekte sollten überprüft werden

Bei der Beurteilung von Wasserprojekten sollten folgende menschenrechtliche Aspekte überprüft werden: Bezahlbarkeit, Geschlechtergleichheit, Gleichberechtigung am Arbeitsplatz, Zugänglichkeit, Diskriminierung, Transparenz, Zugang zu Informationen, Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger und die Qualität der Wasserdienstleistungen.

PUPs statt PPPs

Häufig agieren internationale (Finanz-) Organisationen und die staatliche Entwicklungszusammenarbeit nach marktwirtschaftlichen Prinzipien und bevorzugen die Beteiligung von privaten Unternehmen gegenüber staatlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement. Es lässt sich an vielen Beispielen zeigen, wie schädlich sich diese Politik auf den Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen auswirkt. Deswegen befürwortet die Blue Community die Zusammenarbeit von öffentlichen Akteuren unter Partizipation der Zivilgesellschaft.

Die Blue Community Initiative

Die [Initiative Blue Communities](#) wurde vom [Council of Canadians](#) lanciert, einer kanadischen Organisation für soziale und ökologische Gerechtigkeit. Gemeinsam mit der Fachstelle OeME (Oekumene, Mission, Entwicklungszusammenarbeit) der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn hat die Vorstandsvorsitzende des Council of Canadians, Maude Barlow, die Initiative auch in der Schweiz lanciert. Reformierte und katholische Landeskirchen aus Brasilien und der Schweiz haben 2005 eine eigene [Wassererklärung](#) mit den folgenden Forderungen verabschiedet:

1. Der Zugang zum Wasser ist als Menschenrecht lokal und global zu anerkennen.
2. Wasser ist als öffentliches Gut zu behandeln.
3. Für den Wasserverbrauch sind gesetzliche Prioritäten festzulegen. An erster Stelle stehen die Stillung des Durstes von Mensch und Tier und die Nahrungsmittelproduktion.
4. Das Recht auf Wasser ist durch eine Internationale Wasserkonvention zu ergänzen, die dafür einen rechtlich verbindlichen Rahmen schafft.

¹² <http://www.ohchr.org/Documents/Issues/Water/OpenLetter21July2015.pdf> In: <https://www.tni.org/en/article/human-right-to-water-and-development-cooperation#sdfootnote17sym>. Zugriff: 12.06.2017.